Report:

Kommunale Dienstleistungen

Foto: Angel Simon/Fotolia

Teures Trinkwasser

Weniger Menschen brauchen weniger Wasser. Das könnte eine gute Nachricht sein. Doch das Gegenteil ist der Fall

Autorin Susanne Dohrn

Brandenburg ist keine Wüste, trotzdem diskutiert das Bundesland derzeit intensiv und landesweit über bezahlbares Trinkwasser. Der demografische Wandel erschwert zunehmend die Versorgung, so dass das Thema mehr Sprengstoff birgt, als der dröge Titel „Leitbildprozess zukunftsfähige Siedlungswasserwirtschaft" vermuten lässt.

Wenig Einkommen, hohe Beiträge

Die ländlichen Regionen Brandenburgs stehen vor einem doppelten Problem:

- Die Bevölkerung sinkt, und zwar vor allem auf dem Land. Weniger Bürger verbrauchen weniger Wasser. Die Zahl der Benutzer öffentlicher Anlagen zur Trinkwasserversorgung bzw. Abwasserbeseitigung geht zurück. Damit müssen tendenziell immer weniger Beitragszahler die Aufwendungen tragen.

- Die Bevölkerung wird älter. Insgesamt wird der Anteil der über 65-Jährigen in Brandenburg von 22,6 Prozent auf 42,5 Prozent im Jahr 2030 wachsen. Rentner und Bewohner ländlicher Regionen verfügen durchschnittlich über geringere Einkommen als die von Ballungszentren.

Die Bürger überall im Land mit hochwertigem Trink- und Leitungswasser zu versorgen, ihre Abwässer zu entsorgen und das alles zu bezahlbaren Preisen zu leisten, wird also zunehmend zur Herausforderung.

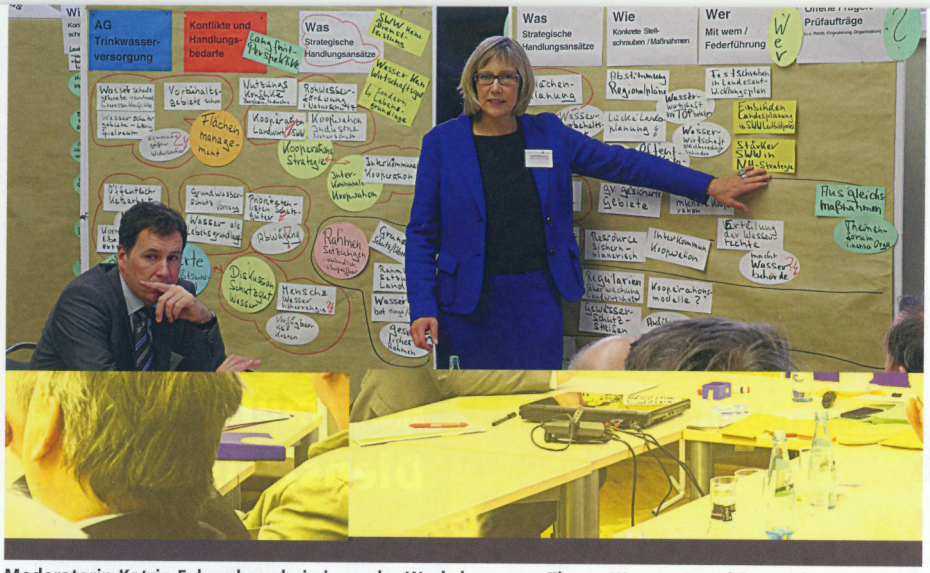
Was tun? Dr. Oliver Merten ist im Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg u.a. für Wasser und Abwasser zuständig. Seit 2011 beschäftigt er sich mit dem Thema, das in Fachkreisen schon länger diskutiert wird, aber in der Öffentlichkeit bislang wenig Aufmerksamkeit erhalten hat. Das soll der Leitbildprozess ändern, den das Umweltministerium 2013 ins Leben gerufen hat. Ziel ist, so Merten, „mit den Zuständigen, von den Zweckverbänden bis zu den kommunalen Vertretern, Lösungswege für Fragestellungen zu entwickeln, für die es noch keine fertigen Antworten gibt."

Allein der Einladung zur Auftaktveranstaltung im November 2013 in Potsdam folgten mehr als 100 Teilnehmer. Danach wurden die unterschiedlichen Facetten des Themas – von technischer Infrastruktur bis zu Ressourcenmanagement und Finanzierung – in unterschiedlichen Workshops ein Jahr lang diskutiert, zunächst vor allem mit Vertretern der Zweckverbände und Stadtwerke, danach mit Bürgermeistern und Amtsdirektoren, in deren Händen die politische Verantwortung für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung liegt. Koordiniert und geleitet wird der Prozess vom Institut Raum & Energie.

Anpassung statt Aufbau

Zwei Bedingungen standen dabei von Anfang an fest: „eine flächendeckende, hygienisch einwandfreie Versorgung mit sauberem Trinkwasser und eine gesundheits- und umweltgerechte Entsorgung des Abwassers werden als elementare Daseinsvorsorge gewährleistet", so das Ministerium. Tankwagen mit Trinkwasser werden in Brandenburg also auch in Zukunft nicht über Land fahren. Ebenso wenig sollen entlegene Gehöfte mit Trinkwasser in Flaschen beliefert werden, weil aus der Wasserleitung nur noch Brauchwasser zum Waschen und für die Klospülung kommt.

Ziel ist, mit den Beteiligten im Land eine langfristige Perspektive zu entwickeln. Sie soll einen Rahmen bilden für kommunale Entscheidungen und dafür sorgen, dass



Moderatorin Katrin Fahrenkrug bei einem der Workshops zum Thema Wasser. Dort können Vertreter der Kommunen lernen mit der kostbaren Ressource Wasser umzugehen. Foto: Raum & Energie

man schon heute zukünftige Entwicklungen in die Sanierungsplanung einbezieht. Am Ende des Prozesses soll ein Leitbild stehen, mit dem sich die Landespolitik befasst und das auf diese Weise ein hohes Maß an Verbindlichkeit und Umsetzungskraft erlangen soll. Dahinter steht, so Merten der „ermöglichende Staat", der Rahmenbedingungen setzt und Handlungsmöglichkeiten eröffnet, den Kommunen mit seiner Fach- und Förderpolitik bei der Bewältigung ihrer Probleme zur Seite stehen kann, aber ihnen nicht die Verantwortung für ihr Handeln abnimmt.

Die Systeme müssen umgebaut werden – aber wie?

Denn in Zukunft geht es in den ländlichen Regionen nicht mehr um den Aufbau, sondern um die Anpassung und den Umbau der bestehenden Systeme. Oliver Merten: „Die Umsetzungsinstrumente und Finanzierungsmöglichkeiten dafür müssen vielfach erst noch entwickelt werden. Allein das Untätigbleiben ist angesichts der Herausforderungen und konkreten Betroffenheit vieler Bürger keine Option."